

The logo consists of a red circle with a white border. Inside the circle, the letters 'LSAP' are written in a large, bold, white sans-serif font. Below 'LSAP', the words 'D'SOZIALISTEN' are written in a smaller, white, all-caps sans-serif font.

LSAP
D'SOZIALISTEN

**Sozial,
fortschrittlich,
gerecht und
solidarisch!**

EIN SOZIALISTISCHER
LEITFADEN

Notizen

* Die Resolutionskommission setzt sich aus Vertretern folgender Gremien und Unterorganisationen zusammen:

- › Parteileitung: Marc Angel, Yves Cruchten, Yves Dahm und Christophe Schiltz
- › LSAP-Fraktion: Alex Bodry und Franz Fayot
- › Kontrollkommission: Romain Gantrel
- › Bezirkskomitees: Simone Adam (Osten), Laurent Bauler und Pierre Hobscheid (Süden), Marcel Maack (Norden), Régis Moes (Zentrum)
- › Femmes socialistes: Cátia Gonçalves
- › Jeunesses socialistes: Fabio Spirinelli, Patrick Weymerskirch
- › Gemeindeforum: Cécile Hemmen
- › Von der Parteileitung genannt: Nando Pasqualoni, Jeff Ries und Nico Wennmacher
- › Schriftführer: Alex Fohl

Liebe Kameradinnen und Kameraden,

Im Anschluss an die Sommerakademie 2014 hatte die LSAP-Parteileitung beschlossen, einen internen Reformprozess einzuleiten und dabei verstärkt auf parteiinternen Dialog zu setzen. Die Arbeiten in den zuständigen Gremien kommen gut voran. Neben der geplanten Statutenreform, die von einer Arbeitsgruppe vorbereitet wird, wurde eine Resolutionskommission eingesetzt, um einen sozialistischen Leitfaden auszuarbeiten, der Parteimitgliedern und Mandatsträgern als Orientierungshilfe für ihr politisches Handeln dienen und auf dem Landeskongress der LSAP am 20. März 2016 verabschiedet werden soll.

Als linke Volkspartei will die LSAP die Probleme von heute und die Herausforderungen von morgen selbstbewusst und konsequent auf der Grundlage sozialistischer Wertvorstellungen angehen. Der nachfolgende Entwurf eines sozialistischen Leitfadens soll dazu Wesentliches beitragen und das Profil unserer Partei weiter schärfen.

Von dieser Stelle aus möchte ich mich bei allen Mitgliedern der Resolutionskommission* für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken und alle Parteimitglieder und Militanten einladen, sich in ihren Sektionen und Unterorganisationen einzubringen und bei der Überarbeitung des vorliegenden Entwurfs mitzuwirken. Der sozialistische Leitfaden soll die Grundwerte und politischen Zielsetzungen unserer Partei widerspiegeln und von einer möglichst breiten Mehrheit getragen werden. Nur zusammen können wir unsere Partei voranbringen, unseren Einfluss geltend machen und die gemeinsamen Ziele erreichen.

Mit sozialistischen Grüßen

Yves Cruchten

LSAP-Generalsekretär und
Präsident der Resolutionskommission

1 Vorwort

2 Der vorliegende Text orientiert sich an den Grundwerten der LSAP, die für Solidarität, Gleichheit,
3 Freiheit und Sicherheit eintritt. In Ergänzung zum LSAP-Grundsatzprogramm und zu bestehenden
4 Wahlprogrammen zielt der sozialistische Leitfaden darauf ab, eine politische Bestandsaufnahme in
5 einer sich schnell wandelnden Welt vorzunehmen, die Wertvorstellungen der Partei in den Vordergrund
6 zu rücken und mit Leben zu füllen sprich konkrete Ziele auszuweisen und Leitsätze als Orientierungshilfe
7 für politisches Handeln auf kommunaler, nationaler und europäischer Ebene zu formulieren.

8 Im Gegensatz zu Wahl- und Koalitionsprogrammen, die maßgeblich politische Vorhaben und konkrete
9 Forderungen für die darauffolgende Legislaturperiode im Blick haben, hat der sozialistische Leitfaden
10 den Anspruch, Parteimitgliedern und sozialistischen Entscheidungsträgern eine längerfristig ausgerichtete
11 Anleitung mit klaren Richtlinien für ihr politisches Wirken anzubieten. Gleichzeitig geht es darum, das Profil
12 einer verantwortungsbewussten linken Volkspartei nach außen hin zu schärfen, um verlorengegangenes
13 Vertrauen durch das Aufzeigen von klaren Leitlinien und politischen Zielsetzungen zurückzugewinnen.

14 **Standortbestimmung**

15 **VERTRAUENSVERLUST UND POLITIKVERDROSSENHEIT**

16 In den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger hat sich die Politik zu weit von den Menschen und ihren
17 Alltagsorgen entfernt. Oftmals haben sie das Gefühl, nicht ernstgenommen zu werden. Dies geht mit
18 zunehmendem Vertrauensverlust und wachsender Politikverdrossenheit einher. Während politische
19 Entscheidungen vor Jahrzehnten noch verständlich und weitgehend nachvollziehbar schienen, ist dies
20 heute immer seltener der Fall. Probleme und Sachverhalte sind vielschichtiger und globaler geworden.
21 Entsprechend komplex und schwierig gestaltet sich die Suche nach politischen Lösungen, zumal der
22 Handlungsspielraum für die nationale Politik mit fortschreitender Globalisierung immer kleiner wird.
23 Dies darf aber kein Vorwand sein, nichts zu tun. Die Politik muss das Heft in die Hand nehmen und sich
24 den Herausforderungen stellen.

25 **KLUFT ZWISCHEN ARM UND REICH WIRD IMMER GRÖßER**

26 Ganze Regionen werden auf Betreiben einer global ausgerichteten Weltwirtschaft, die nach
27 Gewinnmaximierung und Kostenminimierung trachtet, zu Wirtschaftsblöcken und Machtzentren
28 zusammengefügt, in denen die Interessen der Privatwirtschaft durch internationale Verträge so abgesichert
29 werden, dass der Spielraum der nationalen politischen Akteure entscheidend begrenzt wird.
30 Aufgrund dieser Entwicklung und ihren Auswüchsen (die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und
31 ihre verheerenden Folgen für die betroffenen Menschen) haben die sozialen Ungleichheiten in
32 den vergangenen Jahren welt- und europaweit stark zugenommen.

33 Laut Oxfam besitzen die 62 reichsten Menschen der Welt genauso viel wie die ärmere Hälfte der
34 Weltbevölkerung (rund 3,5 Milliarden Menschen) zusammen und 1% der Weltbevölkerung besitzt fast
35 die Hälfte des Weltvermögens. Die sich immer weiter öffnende Schere zwischen Reich und Arm sorgt dafür,
36 dass Millionen von Menschen weiterhin in extremer Armut leben und keinen Zugang zu Schulbildung und
37 grundlegender Gesundheitsfürsorge haben. Die Politik begleitet diesen Prozess entweder wohlwollend
38 oder sieht machtlos zu; bestenfalls versucht sie, soziale Folgeschäden abzufedern.

39 **DIE EUROPÄISCHE INTEGRATION AUF DEM PRÜFSTAND**

40 Auch die EU hat sich unter dem Impuls von Deutschland dieser Logik verschrieben und zwingt anderen
41 EU-Staaten, die infolge der Finanz- und Schuldenkrise in schwere Turbulenzen geraten sind, einen
42 Spar- und Austeritätskurs mit verheerenden Folgen für die betroffenen Menschen auf. Vor allem in den
43 Regionen Südeuropas verarmen große Teile der Bevölkerung durch Massenarbeitslosigkeit und die
44 gezielte Zerstörung von Sozialsystemen. Dabei nehmen Politik, Wirtschaft und Finanzmärkte sowohl
45 das Auseinanderdriften der EU-Mitgliedsstaaten als auch das Erstarken der extremen Rechten in
46 Europa billigend in Kauf. Nationalstaatliche Alleingänge wie in Ungarn oder Polen, die die Demokratie
47 untergraben und die Freiheit gefährden, schaden der europäischen Integration und sind auf das Schärfste
48 zu verurteilen. Die LSAP bedauert diese Entwicklung und fordert mehr Geschlossenheit und Solidarität
49 auf EU-Ebene. Die EU muss wieder verstärkt zur Gemeinschaftsmethode zurückfinden, nationalstaatliche
50 Angriffe auf europäische Grundwerte konsequent unterbinden und einen Ausgleich zwischen Finanz- und
51 Wirtschaftspolitik einerseits und Sozialpolitik andererseits suchen. Nur gemeinsame Lösungen im Interesse
52 der Menschen bringen Europa voran.

53 Auch wenn es in Luxemburg unter dem Impuls der Sozialisten bisher gelungen ist, den Sozialstaat in
54 seinen Grundzügen zu erhalten, auszubauen und weiterzuentwickeln, so dürfen auch wir nicht verkennen,
55 dass bei uns immer mehr Menschen von Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und Armut bedroht sind.
56 Bis 2025 sollen Ausbau und Vertiefung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion stufenweise
57 vorangetrieben werden. Das geht aus einem Bericht der fünf Präsidenten der europäischen Institutionen

58 (EU-Kommission, Europäischer Rat, Eurogruppe, EZB und Europaparlament) hervor. Im Mittelpunkt
59 verstärkter Integrationsbemühungen stehen die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaften,
60 die Konsolidierung der nationalen Haushalte und die Vollendung der europäischen Bankenunion, während
61 es im sozialen Bereich bei bloßen Absichtserklärungen bleibt und die Sozialunion quasi inexistent ist.

62 **VOR GROSSEN UND GLOBALEN HERAUSFORDERUNGEN**

63 Die Politik steht demnach vor großen Herausforderungen und zunehmend schwierigen Aufgaben:
64 die Absicherung sozialstaatlicher Errungenschaften, die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut,
65 der Kampf gegen die wachsende Bedrohung durch Terrorismus, religiösen Fanatismus und politischen
66 Extremismus, die Absicherung bürgerlicher Freiheiten und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger
67 vor möglichen Übergriffen und Gefahren, die Förderung von nachhaltigem Wirtschaftswachstum
68 und der schonende Umgang mit Naturressourcen, die weltweiten Auswirkungen des Klimawandels,
69 die Bewältigung der Flüchtlingsströme durch koordinierte Integration, konsequente Befriedung von
70 Konfliktregionen und Aufstockung der weltweiten Entwicklungshilfeprogramme (Hilfe zur Selbsthilfe),
71 die Anpassung an den gesellschaftlichen Wandel in einer zunehmend digitalisierten Welt ... usw.

72 **VERTRAUEN ZURÜCKGEWINNEN**

73 Um diese vielfältigen Aufgaben bewältigen zu können, muss die Politik das Vertrauen der Bürgerinnen
74 und Bürger durch klare Ansagen sowie konsequentes und kohärentes Handeln zurückgewinnen. Sie
75 muss die Sorgen und Interessen der Menschen berücksichtigen und die eigenen Lösungsansätze in
76 Bezug auf zunehmend komplexe Sachverhalte verständlich und glaubhaft darstellen. Damit tun sich vor
77 allem Volksparteien schwer, die ein möglichst breites Themenspektrum abdecken müssen. Auch die
78 europäische Sozialdemokratie leidet unter diesem Phänomen. In weiten Teilen Europas beobachten
79 wir eine Schwächung vor allem linker Volksparteien und eine Zersplitterung der Parteienlandschaft. Die
80 Gründe hierfür sind vielfältig; sie gehen einerseits auf den gesellschaftlichen Wandel und das veränderte
81 Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger zurück, andererseits sind sie einer immer unübersichtlicheren
82 Politik geschuldet, die auch auf programmatische und organisatorische Versäumnisse der Parteien selbst
83 zurückzuführen ist.

84 So entfremdet sich die Politik zusehends von den Bürgern und überlässt das Feld populistischen
85 Gruppierungen, die für alle komplexen Fragen einfache und verkürzte Lösungen parat haben, aus denen
86 sie Kapital schlagen. Gefahr für unsere Demokratie geht vor allem von rechtspopulistischen Parteien und
87 rechtsextremen Gruppierungen aus, denen sozialistische und sozialdemokratische Parteien konsequent
88 Einhalt gebieten müssen.

89 Die LSAP muss ihr soziales Profil schärfen und zu einer klaren Linie finden; sie muss ihre Werte glaubhaft
90 vermitteln und in die Praxis umsetzen. Nur so kann sie mittel- und langfristig Vertrauen zurückgewinnen
91 und ihren politischen Einfluss steigern. Der Verteidigung von Partikularinteressen muss die LSAP das
92 Gemeinwohl entgegenhalten. Individuelle Lebensgestaltung kann in einer Wertegemeinschaft nicht auf
93 Solidarität und Gerechtigkeit verzichten. Wir können unseren Anspruch auf Freiheit und Sicherheit nur
94 gemeinsam verwirklichen. Letztendlich bedeutet Gemeinwohl die Selbstverwirklichung aller Bürgerinnen
95 und Bürger in einer Solidargemeinschaft.

96 **Die Sozialisten: Wer wir sind und was wir wollen!**

97 Die LSAP ist eine Grundsatzpartei, die an ihren Grundwerten festhält und ihr politisches Handeln danach
98 ausrichtet.

99 Seit jeher geht es der LSAP darum, sich für die Rechte der Arbeitnehmer und sozial Schwachen
100 einzusetzen, für die Emanzipation der Arbeitnehmer gegen die Ausbeutung durch das Kapital. Die LSAP
101 hat maßgebend zum Aufbau des Wohlfahrtsstaates beigetragen, der sich nicht auf Armenfürsorge
102 beschränkt. Die Luxemburger Sozialisten streben eine demokratische Gesellschaft ohne Privilegien an, mit
103 gleichen Chancen, gleichen Rechten und gleichen Pflichten für alle. Wir wollen eine freie und solidarische
104 Gesellschaft, in der die Stärkeren die Schwächeren unterstützen, einen starken Staat, der weder
105 bevormundet noch drangsaliert, der fördert und unterstützt, damit die Menschen frei mitbestimmen und
106 selbstbestimmt leben können. Jeder Mensch soll ein Leben in Würde führen können, ohne Not und Furcht,
107 jeder sollte die Chance zur freien Entfaltung haben und sich in die Gesellschaft und Politik einbringen
108 können. Nur wer keine Not erleidet, in einem sicheren Umfeld lebt und über ein soziales Netz verfügt,
109 kann seine Freiheit auch ausleben.

110 Die Geschichte der LSAP steht für demokratischen Sozialismus, der auf einer Gesellschaft von Freien und
111 Gleichen beruht. Dieser Grundgedanke setzt eine solidarische Grundordnung von Wirtschaft, Staat und
112 Gesellschaft voraus, die gewährleistet, dass alle Menschen ein Leben ohne Ausbeutung, Unterdrückung
113 und Gewalt auf der Grundlage von bürgerlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundrechten
114 führen können.

115 Es ist die historische Erfahrung der Arbeiterbewegung, dass Solidarität Macht zur Veränderung schafft.
116 Solidarität beruht auf der Bereitschaft der Menschen, sich gegenseitig Hilfe zu leisten und füreinander
117 einzutreten. Solidarität gilt zwischen den Starken und Schwachen in unserer Gesellschaft, zwischen älteren
118 und jüngeren Generationen, sie gilt aber auch über die Landesgrenzen hinaus zwischen den Völkern.
119 Der demokratische Sozialismus beruht auf der Vorstellung einer freien, gerechten und solidarischen
120 Gesellschaft, die für uns eine dauerhafte Herausforderung darstellt, eine gesellschaftliche Errungenschaft,
121 die es mit vereinten Kräften gegen alle möglichen Widerstände zu verteidigen gilt.

122 **Die LSAP als Gerechtigkeitspartei**

123 Die LSAP ist die Gerechtigkeitspartei. Immer dann, wenn dieser Anspruch programmatisch und personell
124 besonders klar formuliert wurde, war die LSAP besonders erfolgreich. Die LSAP muss – auch und vor allem
125 in diesem Bereich – als treibende Kraft bei der Verwirklichung einer fortschrittlichen, emanzipatorischen
126 Politik wahrgenommen werden. Für die Sozialisten bedeutet Gerechtigkeit gleiche Freiheit, Würde und
127 Entfaltungsmöglichkeiten, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Gerechtigkeit bedeutet gleiche
128 Teilhabe an Demokratie, Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit und Kultur, gleicher Zugang zur öffentlichen
129 Grundversorgung.

130 Wer Gerechtigkeit einklagt, muss dafür sorgen, dass Einkommen und Vermögen sozialgerecht verteilt
131 werden, dass Steuereinnahmen und Sozialbeiträge so ausgerichtet sind, dass sie auf einer solidarischen
132 Finanzierung beruhen und nicht jene zu stark belasten, die kraft ihrer Arbeit wesentlich zur Wertschöpfung
133 des Landes beitragen. Das Besteuerungssystem ist deshalb immer auch Ausdruck der geltenden Werte
134 und Umverteilung in einer Gesellschaft. Grundsätzlich gilt, dass es ohne Steuern und Sozialbeiträge keinen
135 Wohlfahrtsstaat, keine öffentliche Grundversorgung aller Bürgerinnen und Bürger gibt.

136 Steuern und Sozialbeiträge sind Voraussetzung für Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Steuern
137 ermöglichen Sozialtransfers und öffentliche Dienstleistungen sowie Investitionen in notwendige
138 Infrastrukturen (Schulen, Krankenhäuser und Betreuungseinrichtungen, öffentlicher Transport,

139 Schienen- und Straßennetz, Wohnungsbau, Energie- und Wasserversorgung, usw.). Steuerpolitik erfüllt
140 in unserem sozialstaatlichen Gesellschaftsmodell eine Doppelfunktion. Neben der Finanzierung der
141 öffentlichen Versorgung reguliert sie die Umverteilung von Einkommen und Vermögen unter dem Aspekt
142 der Verteilungsgerechtigkeit. Für die LSAP zählen die progressive Besteuerung (breite Schultern müssen
143 in einer Solidargemeinschaft einen größeren Beitrag leisten als schmale Schultern), eine gerechtere
144 Verteilung der Steuerlast zwischen direkten und indirekten Steuern, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen
145 Unternehmen und Privathaushalten zu den Grundlagen einer sozialistischen Steuerpolitik. Steuerpolitik
146 muss diesen Ansprüchen gerecht werden. Sie muss die unteren und mittleren Einkommen entlasten und
147 die hohen Einkommen und Vermögen stärker belasten.

148 Mehr Verteilungsgerechtigkeit stärkt nicht zuletzt die Kaufkraft und ist in unseren Augen Voraussetzung
149 für nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Neben der automatischen Indexierung der Löhne, Gehälter und
150 Renten sind auch die periodische Anpassung von Steuertabelle, Familienleistungen und Sozialtransfers
151 unerlässliche Mittel zur Stärkung von Kaufkraft und Binnenmarktnachfrage.

152 Eine zentrale Gerechtigkeitsfrage in Luxemburg bleibt die Bildungspolitik, denn Bildung entscheidet
153 über Lebenschancen. Bildung ist die wesentliche Voraussetzung für sozialen Aufstieg. Ungleichheiten,
154 die auf sozialer Herkunft beruhen, müssen durch Bildung abgeschwächt und wettgemacht werden. Den
155 öffentlichen Schulen kommt im Hinblick auf Bildung, Integration und soziale Kohäsion eine Schlüsselrolle
156 zu. Sie muss Allgemeinbildung und Chancengerechtigkeit gewährleisten, dem gesellschaftlichen
157 Wandel und der veränderten Arbeitswelt mit innovativen Konzepten begegnen und dazu beitragen, dass
158 Kinder und Jugendliche zu kritischen, verantwortungsvollen, selbstbewussten und toleranten Bürgern
159 heranwachsen können. Die öffentliche Schule legt den Grundstein für unsere Zukunft. Der Zugang zu
160 öffentlichen Schulen muss auch künftig für alle Schüler gratis sein.

161 Auch in einer zunehmend digitalisierten Welt, die einem rasanten und steten Wandel unterliegt,
162 stellt sich die Frage der Gerechtigkeit in einem erhöhten Maße. Die neuen Informations- und
163 Kommunikationstechnologien haben den Globus in eine virtuelle Plattform verwandelt, die von
164 ICT-Nutzern jederzeit und überall besucht werden kann. Die neuen sozialen Medien haben unser
165 Kommunikationsverhalten dermaßen verändert, dass jene Menschen, die keinen Zugang dazu haben,
166 außen vor bleiben und zu sozialen Außenseitern werden. Für die LSAP ist dies nicht hinnehmbar; die
167 Sozialisten werden sich dafür einsetzen, dass der digitale Graben verringert und der soziale Zusammenhalt
168 auch in einer allseits vernetzten Welt gewahrt bleibt.

169 **Die LSAP als Fortschrittspartei**

170 In ihrer über 100-jährigen Geschichte hat die LSAP wichtige emanzipatorische und sozialpolitische
171 Meilensteine gesetzt: Die ersten Sozialreformen um die Jahrhundertwende, das Streikrecht,
172 das Sozialmodell der Nachkriegszeit, der Index, die Abschaffung der Todesstrafe, die modernen
173 Sozialversicherungen, der Mindestlohn, die Pflegeversicherung, um nur diese zu nennen, gehen allesamt
174 auf das politische Wirken der LSAP in den vergangenen Jahrzehnten zurück.

175 Auch in jüngerer Zeit ist die LSAP ihrem Leitbild als Fortschrittspartei stets treu geblieben und hat unter
176 anderem die Legalisierung der Sterbehilfe, die Schaffung des Einheitsstatuts und die Einführung der
177 gleichgeschlechtlichen Ehe mit durchgesetzt. Als treibende politische Kraft auf nationaler und kommunaler
178 Ebene ist die LSAP dem gesellschaftlichen Fortschritt seit jeher verpflichtet und wird diese Tradition auch
179 in Zukunft fortschreiben, nicht zuletzt, wenn es darum geht, die Trennung von Kirchen und Staat in die
180 Wege zu leiten und umzusetzen. Diese Aufgabe ist heute, vor dem Hintergrund eines um sich greifenden
181 religiösen Fanatismus wichtiger denn je.

182 Fortschritt heißt für die LSAP auch, die Zeichen der Zeit zu erkennen und die Zukunft vorzubereiten.

183 Die LSAP wird den gesellschaftlichen Wandel durch Wahrung ihrer Grundwerte begleiten, sich den
184 Herausforderungen der digitalen Revolution stellen und den technologischen Fortschritt konsequent für
185 Beschäftigung und nachhaltiges Wachstum nutzen und gleichzeitig sicherstellen, dass die Bürgerinnen
186 und Bürger mit dieser Entwicklung Schritt halten können. In diesem Sinne wird die LSAP dafür sorgen, dass
187 die Digitalisierung im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen (Online-Dienste) weiter vorangetrieben
188 wird; auch Bildungs- und Fortbildungsangebote müssen fortlaufend an die gesellschaftliche Entwicklung
189 und digitale Welt angepasst werden. Nur so kann letztlich sichergestellt werden, dass der gesellschaftliche
190 Fortschritt langfristig allen Menschen zugutekommt.

191 **Die LSAP und die Arbeitnehmer**

192 Ihren Ursprung hat die LSAP in der Arbeiterbewegung und dem Kampf für Aufklärung, Menschenrechte und
193 soziale Absicherung. Auch wenn sich Luxemburg von einer Industrie- zu einer Dienstleistungsgesellschaft
194 entwickelt hat, bleibt die LSAP die politische Kraft, die sich für Schutz und Wohl der Arbeitnehmer einsetzt.
195 Jeder Mensch hat ein Recht auf Arbeit und muss auf der Suche nach einem Arbeitsplatz bestmöglich
196 unterstützt werden. Die LSAP setzt sich dafür ein, dass Arbeit und Leistung anerkannt und gerecht entlohnt
197 werden. Die zunehmende Kluft zwischen Kapital und Arbeit untergräbt langfristig den gesellschaftlichen
198 Zusammenhalt.

199 Arbeit genießt aus Sicht der LSAP einen übergeordneten Stellenwert, deshalb muss der
200 Produktivitätsgewinn und geschaffene Mehrwert gerechter zwischen Arbeit und Kapital verteilt
201 werden. Jeder Mensch muss von seiner Arbeit leben können, deshalb ist der gesetzliche Mindestlohn
202 eine wesentliche Voraussetzung für ein Leben in Würde. In diesem Sinne müssen Mindestlohn und
203 Mindesteinkommen in regelmäßigen Abständen an die wirtschaftliche Entwicklung angepasst und
204 strukturell aufgebessert werden, um zu verhindern, dass immer mehr Menschen in die Armut abrutschen.
205 Ausbeutung und Lohndumping, die Anhäufung von Minijobs und die Ausweitung von Leiharbeit tragen
206 zur Prekarisierung der Arbeitsplätze und zum Phänomen der sogenannten „working poor“ bei und sind
207 nicht im Sinne der LSAP, die für gerechte Löhne, unbefristete Arbeitsverträge, gute Arbeitsbedingungen,
208 hohe Sicherheitsstandards, flexible Arbeitszeiten im Interesse der Arbeitnehmer und Mitbestimmung
209 auf Betriebsebene eintritt.

210 Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien haben nicht nur unsere Gesellschaft und
211 unser Leben verändert, sie sind längst dabei, die Arbeitswelt zu revolutionieren. Angesichts der digitalen
212 Transformation der Arbeitsprozesse wird sich die LSAP dafür einsetzen, dass geltende Arbeitsnormen
213 und arbeitsrechtliche Bestimmungen an die digitale Welt angepasst werden und Arbeitnehmern
214 entsprechenden Schutz bieten. Deshalb ist es unabdingbar, dass in allen privat- und öffentlich-
215 rechtlichen Betrieben und Verwaltungen regelmäßig demokratische Personalvertreterwahlen stattfinden.
216 Die Befugnisse dieser freigewählten Delegationen müssen fortwährend an die Erfordernisse der
217 gesellschaftlichen und technologischen Entwicklung angepasst werden.

218 Die LSAP unterstützt Menschen, die durch ihre Arbeit und Kreativität leben. In diesem Sinne trägt
219 die LSAP als Arbeiterpartei das A in ihrem Namen mit Stolz! Wer in Luxemburg arbeitet, ob als Einwohner
220 oder Pendler, leistet einen wichtigen Beitrag zur Solidargemeinschaft und zum Gemeinwohl.
221 Das verdient Anerkennung und Respekt.

222 **Die LSAP und der Sozialstaat**

223 Die LSAP hat wesentlich dazu beigetragen, dass in Luxemburg über Jahrzehnte hinweg ein leistungsfähiger
224 Sozialstaat aufgebaut wurde, der auf Solidarität und Gerechtigkeit beruht, allen Bürgern den Zugang zu
225 Bildung, Kultur und Sport ermöglicht, eine öffentliche Grundversorgung in wesentlichen Bereichen anbietet

226 und ein hohes Maß an sozialer Sicherheit gewährt. Neben einer großen Bandbreite an Sozialleistungen und
227 -transfers, die für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen, bietet der Sozialstaat allen Bürgerinnen und Bürgern
228 Schutz und Unterstützung in schwierigen Lebenslagen: bei Arbeitslosigkeit oder Armut, Krankheit oder
229 Pflegebedürftigkeit. Die Pflegeversicherung muss auch weiterhin hochwertige, auf die Bedürfnisse der
230 einzelnen Pflegeempfänger zugeschnittene Leistungen anbieten, die transparent und nachvollziehbar sind.
231 Ein breit aufgestellter Sozialstaat trägt wesentlich zur Lebensqualität und sozialen Kohäsion bei; darüber
232 hinaus birgt er als Wirtschaftsfaktor erhebliches Wachstumspotenzial, das sich nicht zuletzt in vielen
233 Arbeitsplätzen niederschlägt.

234 Nicht umsonst hat der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt den „weit ausgefächerten
235 Wohlfahrtsstaat“ als bisher letzte große kulturelle Errungenschaft der Europäer gewürdigt. Die LSAP
236 bleibt diesem sozialen und universellen Erbe, das den Bogen vom Kleinkind bis ins hohe Alter hin
237 zu künftigen Generationen spannt, auch in Zukunft verpflichtet. Der bewährte Generationenvertrag
238 beruht auf nachhaltiger Solidarität, die alle Bürgerinnen und Bürger - die heutigen und künftigen
239 Generationen - einschließt, und zählt wie die öffentliche Gesundheitsversorgung und Pflegeversicherung
240 zu den Grundsäulen unseres Sozialstaates. Die Beitragszahler von heute können auch morgen davon
241 ausgehen, dass der erwirtschaftete Mehrwert in einem leistungsfähigen Sozialstaat die Absicherung ihrer
242 Rentenansprüche gewährleistet.

243 Für die LSAP ist der Sozialstaat wesentlich mehr als eine Reparaturwerkstatt für Hilfsbedürftige, deshalb
244 lehnen die Sozialisten den „schlanken“ Staat kategorisch ab, der Bürgerinnen und Bürgern nur dann
245 Unterstützung gewährt, wenn sie es allein aus eigener Kraft nicht mehr schaffen. Die LSAP wird sich in
246 diesem Sinne für die Absicherung und Weiterentwicklung unserer sozialen Sicherungssysteme einsetzen
247 und sich jeder Degradierung dieser Systeme entgegenstellen. Staat und Gemeinden dürfen sich nicht aus
248 ihrer umfassenden sozialen Verantwortung zurückziehen und karitativen Organisationen diese wesentliche
249 Aufgabe überlassen. Nutznießer eines derartigen Rückzugs wären die Wohlhabenden, die im Grunde keines
250 Sozialstaates bedürfen.

251 **Die LSAP für Freiheit und Sicherheit**

252 Ohne Sicherheit kann es dauerhaft keine Freiheit geben. Sicherheit gehört ebenso wie Freiheit zu den
253 Grundrechten, die in unserer Verfassung verankert sind und durch unseren Rechtsstaat geschützt werden
254 müssen. Der Staat muss gewährleisten, dass alle Bürgerinnen und Bürger in Sicherheit und Würde leben
255 können. Der Sicherheit von Personen und Besitz kommt eine wesentliche gesellschaftliche Bedeutung zu:
256 Sicherheit für alle ist die Voraussetzung für sozialen Zusammenhalt; auch jene müssen öffentlichen Schutz
257 genießen, die sich keine zusätzlichen Schutzmaßnahmen durch private Sicherheitsfirmen leisten können.

258 Dass Freiheit und Sicherheit auch in einem demokratischen Rechtsstaat in Konflikt zueinander geraten
259 können, zeigt die angespannte Sicherheitslage, die sich aus Konfliktherden, religiösem Fanatismus,
260 Rechtsextremismus, einer zunehmenden Terrorbedrohung und organisierter Kriminalität ergibt. Hier
261 ist die Politik gefordert und muss mit Augenmaß und Bedacht vorgehen. Schutzmaßnahmen, die in
262 Ausnahmefällen aufgrund einer erhöhten Bedrohung der öffentlichen Sicherheit ergriffen werden, müssen
263 zeitlich begrenzt und immerzu auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit hin überprüft werden. Politik
264 sollte sich nicht an einem Wettbewerb beteiligen, der darin besteht, bei jedem Gewaltakt neue Strafgesetze
265 zu erlassen, die weitere Einschnitte in die Grundrechte der Bürger zur Folge hätten. Die Verfassung und
266 das Gesetz sollen die Rechtsnormen auch im Notfall festlegen.

267 Ebenso müssen die Ursachen derartiger Fehlentwicklungen konsequent analysiert und bekämpft
268 werden. Viele Konfliktherde beruhen auf Armut, sozialer Ungerechtigkeit und Perspektivlosigkeit; sie sind
269 weitgehend den geopolitischen Interessen von Groß- und Regionalmächten sowie der Profitgier von
270 multinationalen Konzernen geschuldet, die aus Eigennutz Konflikte schüren oder in Kauf nehmen, um ihre

271 eigenen Ansprüche durchzusetzen. Wer in Konfliktregionen mit Waffen handelt, bedient Gewaltbereitschaft,
272 wer selbst Gewalt dort einsetzt und Ungerechtigkeit fördert, schürt Terrorismus; wer Terrorismus schürt,
273 muss die eigenen Sicherheitsmaßnahmen verstärken, um Bürger vor möglichen gewaltsamen Übergriffen
274 zu schützen. Wer die bürgerlichen Freiheiten im Namen der Sicherheit über das Notwendige hinaus
275 einschränkt oder preisgibt, überschreitet jenen schmalen Grat, der vom demokratischen Rechtsstaat in
276 eine totalitäre Staatsform führt. Diesen Weg wird die LSAP nicht mitgehen.

277 Weder Sicherheit noch Freiheit sind als solche absolut; in einem demokratischen Rechtsstaat funktionieren
278 sie laut Grundgesetz in einem geordneten Spannungsverhältnis, das einen ständigen politischen
279 Abwägungsprozess erfordert. Die Auseinandersetzung zwischen den legitimen Ansprüchen der Menschen
280 auf Freiheit und Sicherheit muss eine Demokratie ebenso aushalten wie den möglichen Konflikt zwischen
281 Meinungs- und Religionsfreiheit.

282 Die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien beschleunigen den gesellschaftlichen
283 Wandel in einem bislang nie dagewesenen Maße. Der globale Datenfluss scheint unaufhaltsam, das
284 virtuelle Beziehungsgeflecht allgegenwärtig. Der rasante Fortschritt birgt allerdings auch Gefahren,
285 denn das Freiheits- und Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger wird wesentlich davon erfasst.
286 Während die neuen sozialen Medien die individuelle Freiheit in einer virtuellen Welt scheinbar steigern
287 und bewusst kultivieren, stößt diese vermeintliche Freiheit bisweilen auf gravierende Sicherheitslücken
288 oder wird Opfer von Übergriffen auf die Privatsphäre und Würde der Menschen. Dieser Fehlentwicklung
289 muss mit Nachdruck Einhalt geboten werden. Internet und soziale Medien brauchen einen angepassten
290 Rechtsrahmen mit klaren, verbindlichen Regeln inklusive Sanktionen, die allen ICT-Usern angemessenen
291 Schutz bei größtmöglicher Freiheit bieten.

292 Der Politik obliegt die schwierige Aufgabe, auch unter erschwerten Bedingungen ein gesundes
293 Gleichgewicht zwischen dem Anspruch auf Freiheit und dem Sicherheitsbedürfnis der Menschen zu finden.
294 Aus ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl und aus Respekt vor ihren eigenen Grundwerten bleibt
295 die LSAP dieser politischen Grundhaltung und Zielsetzung verpflichtet.

296 **Die LSAP und die Gemeinden**

297 Die LSAP kann ihren politischen Einfluss auch dank ihrer starken kommunalen Verankerung und ihrer
298 Nähe zu den Bürgern geltend machen. In den Kommunen erfahren die Menschen unmittelbar, wie sich
299 Politik in den Dienst der Bürgerinnen und Bürger stellt, indem sie notwendige Infrastrukturen schafft und
300 Bürgerdienste einrichtet. In den Gemeinden kommt Sozialpolitik auf verschiedenen Ebenen zum Tragen:
301 im Bereich des sozialen Wohnungsbaus, im Grundschulbereich und bei der außerschulischen Betreuung
302 von Kindern, im Bereich der Rettungsdienste, bei der Sozialhilfe sowie im Hinblick auf die Unterstützung
303 sozialer Hilfsdienste und -einrichtungen für bedürftige Mitmenschen. Um ihre sozialstaatlichen
304 Verpflichtungen auch in Zukunft angemessen wahrnehmen zu können, müssen die kommunalen
305 Finanzen nachhaltig abgesichert und die kommunale Autonomie gewahrt bleiben. Die LSAP wird sich
306 auch künftig für starke, unabhängige Gemeinden einsetzen, die seit jeher ein unerlässlicher Baustein im
307 sozialstaatlichen Gefüge des Landes sind.

308 **Die LSAP und die Bürgerbeteiligung**

309 Ohne die aktive Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an der Politik verliert unsere Demokratie
310 immer mehr an Substanz. Vertrauensverlust und Politikverdrossenheit sind erste Erscheinungsformen
311 von steigender Unzufriedenheit, die sich bei Protestwählern und Wutbürgern unterschiedlich entlädt.
312 Während erstere sich am Ende desinteressiert von der Politik abwenden, schließen sich letztere zusammen
313 und finden eine neue politische Heimat in radikalen, rechtspopulistischen und fremdenfeindlichen

314 Gruppierungen, die aus ihrer Wut und Gewaltbereitschaft bisweilen keinen Hehl machen.

315 Unsere Gesellschaft braucht verantwortungsbewusste und kritische Bürger, die sich für Politik interessieren
316 und sich in öffentliche Diskussionen und Entscheidungsprozesse einbringen wollen. Das gilt auch
317 für Jugendliche, die auch heute schon Mitverantwortung für die eigene Zukunft übernehmen müssen.
318 An der Politik ist es, Anreize zu bieten, politische Bildung auch in Schulen zu fördern und Foren zu
319 schaffen, damit aus der um sich greifenden Politikverdrossenheit eine echte Diskussionskultur erwächst,
320 die alle Gesellschaftsschichten erfasst und in die Verantwortung für das Gemeinwohl einbezieht.
321 Ernstgemeinte Integration, gelebte Solidarität und echtes Mitspracherecht sind Schlüsselbegriffe, die
322 unsere Gesellschaft voranbringen, indem sie für mehr Gerechtigkeit und Bürgerbeteiligung sorgen.
323 Zivilgesellschaftlichen Allianzen und Netzwerken kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Sie sind wichtige
324 Multiplikatoren und Impulsgeber. Auch den Medien als Sinnbild für freie Meinungsbildung und -äußerung
325 kommt in diesem Zusammenhang eine zentrale Bedeutung zu. Die LSAP spricht sich in diesem Sinne für
326 Meinungspluralismus und öffentliche Pressehilfe aus. Medien und Zivilgesellschaft tragen gemeinsam dazu
327 bei, Politik zu hinterfragen und unsere Demokratie zu beleben.

328 **Die LSAP und die globalisierte Wirtschaft**

329 Die LSAP wehrt sich gegen menschenverachtenden Kapitalismus und eine ungezügelter Marktwirtschaft. Die
330 rezente Wirtschafts- und Finanzkrise hat zweifelsfrei gezeigt, dass ein deregulierter, unkontrollierter Markt
331 mit riskanten, hochspekulativen Finanzgeschäften das globale wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht
332 ins Wanken bringen kann. Jene, die in der Vergangenheit für den „schlanken“ Staat plädierten, waren
333 urplötzlich erleichtert, dass Staaten eingreifen und einen weltweiten Kollaps der Banken und des
334 Finanzwesens verhindern konnten. Während die Solidargemeinschaft für die Verfehlungen unkontrollierter
335 Finanzmärkte bürgte und damit in etlichen Staaten eine Haushalts- und Schuldenkrise provoziert wurde,
336 blieben die Verursacher und wahren Schuldigen fast ausnahmslos verschont. Den Preis für die Finanzkrise
337 zahlten allen voran einfache Bürger, wobei die sozial Schwachen besonders stark von der steigenden
338 Arbeitslosigkeit und zunehmendem Sozialabbau betroffen sind.

339 Neoliberale Wirtschaftspraktiken und Exzesse im Bankenwesen sind mit den Wertvorstellungen der LSAP
340 unvereinbar. Finanzmärkte müssen noch besser reguliert und stärker kontrolliert werden, zum Wohl der
341 Allgemeinheit und zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger. Die zum Teil verbreitete Annahme, die jüngste
342 Finanz- und Wirtschaftskrise hätte das neoliberale Zeitalter beendet, ist ein Trugschluss. Neoliberale
343 Denkmuster halten sich insbesondere im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich hartnäckig und wirken
344 ähnlich wie in den 1990er Jahren auch heute noch teilweise bis in die Sozialdemokratie hinein. Deshalb
345 müssen Sozialisten und Sozialdemokraten in den Diskussionen über Haushaltspolitik, die Finanzierung
346 von Investitionen, die Eurokrise oder Freihandelsabkommen à la TTIP oder CETA besonders wachsam sein
347 und die richtigen Antworten im Sinne des Gemeinwohls geben.

348 Der Welthandel muss so geregelt sein, dass er fairen Bedingungen für sämtliche Handelspartner unterliegt.
349 Das gilt in einem besonderen Maße für die Handelsbeziehungen zwischen hochentwickelten Staaten und
350 unterentwickelten Ländern und Regionen. Im Wesentlichen entspricht diese Vorgabe auch dem Geist der
351 Vereinten Nationen, die in ihrer globalen Zielsetzung auch eine Verringerung der Ungleichheit zwischen
352 den Staaten und der Kluft zwischen Arm und Reich anstreben. Handelsabkommen dürfen in keinem Fall
353 soziale und ökologische Standards im Namen der Wettbewerbsfähigkeit untergraben; sie dürfen weder
354 demokratische und rechtsstaatliche Grundprinzipien in Frage stellen, noch die öffentliche Grundversorgung
355 oder bürgerlichen Rechte aushöhlen. Handelsabkommen sollten vielmehr dazu beitragen, nachhaltiges
356 Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand für alle zu fördern. Die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit zur
357 Profitmaximierung darf nicht länger das maßgebliche oder alleinige Kriterium für einen freien Welthandel
358 sein. Wettbewerbsfähigkeit um jeden Preis lehnt die LSAP daher ebenso ab wie Wirtschaftswachstum, das
359 auf übermäßiges Konsumverhalten abzielt und das Allgemeinwohl aus dem Blick verliert.

360 Luxemburg muss gleichwohl im internationalen Kontext wettbewerbsfähig bleiben, um seinen
361 leistungsfähigen Sozialstaat langfristig absichern und für soziale Gerechtigkeit sorgen zu können. Die LSAP
362 will eine dynamische Wirtschaft, die auf nachhaltiges Wachstum setzt und eine gerechtere Verteilung des
363 geschaffenen Reichtums ermöglicht. Wirtschaft und Welthandel müssen im Dienste der Menschen stehen
364 und nicht umgekehrt! Eine starke, wettbewerbsfähige Wirtschaft muss den Bürgerinnen und Bürgern mehr
365 Wohlstand bringen und die notwendige soziale Absicherung für alle garantieren. In diesem Zusammenhang
366 stellt sich für die LSAP auch die Wachstumsfrage. Wieviel und welches Wachstum braucht das Land?

367 Fest steht: Wir brauchen nachhaltiges Wachstum in einer sozialen Marktwirtschaft, die über die
368 Wettbewerbs- und reine Profitlogik hinausdenkt, neue Wirtschaftsformen wie die Solidar- und die
369 Kreislaufwirtschaft fördert und zur Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen sowie zur Schonung von
370 Naturressourcen beiträgt. In diesem Sinne unterstützt die LSAP die Ziele der Vereinten Nationen im
371 Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung, die nicht nur die Entwicklungsländer, sondern alle Staaten
372 betrifft. Die „Sustainable Development Goals“, die am 1. Januar 2016 in Kraft getreten sind und eine Laufzeit
373 von 15 Jahren haben, sollen u.a. dazu beitragen, Armut und Hunger weltweit zu beenden, das Gemeinwohl
374 zu fördern, hochwertige Bildung zu gewährleisten, eine nachhaltige Energieversorgung sicherzustellen,
375 nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit zu
376 fördern, die Ungleichheit zwischen den Staaten zu verringern, Natur und Ökosysteme zu schützen und
377 den weltweiten Kampf gegen den Klimawandel voranzutreiben.

378 **Die LSAP und die internationale Gemeinschaft**

379 Die LSAP ist Teil der europäischen Sozialdemokratie und in ihrer Tradition eine Friedenspartei.
380 Sie engagiert sich für Demokratie, Menschenrechte und eine gerechte Globalisierung. Doch die Entwicklung
381 läuft derzeit in eine andere Richtung. Der Graben zwischen armen und reichen Ländern vergrößert sich,
382 Egoismus, religiöser Fanatismus und Fremdenfeindlichkeit und damit das Risiko gewaltsamer Konflikte
383 nehmen zu. Derzeit prägen so viele Krisen, Konflikte und Kriege das Weltbild wie seit langer Zeit nicht
384 mehr. Diese bleiben, wie die aktuellen Flüchtlingsströme und terroristischen Attacken belegen,
385 nicht ohne Auswirkungen auf Europa und Luxemburg. Diesbezügliche Reaktionen einzelner Bürger zeigen
386 nicht zuletzt, dass es auch hierzulande einen gewissen Nährboden für rechtspopulistische und reaktionäre
387 Positionen gibt.

388 Die LSAP wird dieser Entwicklung mit Entschlossenheit entgegentreten und verstärkt für Toleranz
389 und Weltoffenheit werben, mit einer aktiven Friedenspolitik anstelle von kontraproduktiven
390 Militärinterventionen und Stellvertreterkriegen, mit Armutsbekämpfung und Entwicklungspolitik
391 im Kampf gegen Ungerechtigkeit, religiösen Fanatismus und Terrorismus, mit der Verteidigung
392 unserer bürgerlichen Freiheiten und Werte gegen Rechtsextremismus und Fremdenhass.

393 Innerhalb der Europäischen Union müssen wir geschlossen auftreten und sicherstellen, dass die USA als
394 einzig verbleibende Supermacht, nicht zum alleinigen Vorsprecher in wirtschaftlichen und politischen
395 Fragen werden. Als Gründungsmitglied der Europäischen Union und als Verfechter der europäischen
396 Wertegemeinschaft muss Luxemburg zusammen mit allen anderen Mitgliedsstaaten dazu beitragen,
397 dass die EU auch künftig ein unerlässlicher und anerkannter Akteur auf dem internationalen Parkett bleibt
398 und sich aktiv für den Weltfrieden einsetzt.

399 **Die LSAP und die Europäische Union**

400 Die Europäische Union ist für die Sozialisten in erster Linie eine Werte- und Solidargemeinschaft mit
401 großem Wirtschaftspotenzial. Nur eine solidarische und in sich gefestigte EU kann ihren wirtschaftlichen
402 Einfluss in der Welt auch politisch geltend machen. Für die LSAP gibt es keine Alternative zur EU, die

403 angesichts großer Herausforderungen nicht nur den Ausbau und die Vertiefung der europäischen
404 Wirtschafts- und Währungsunion, sondern allen voran die Sozialunion vorantreiben muss, um das
405 verlorene Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen. Wenn die EU auf dieser Ebene versagt,
406 droht das europäische Integrations- und Friedensprojekt zu scheitern.

407 Ohne Sozialunion und ein Ende der neoliberalen Sparpolitik wird das Vertrauen in die EU weiter
408 schwinden. Die LSAP setzt sich für ein anderes Europa ein, das über Haushaltskonsolidierung als
409 neoliberales Allheilmittel hinausdenkt und auf solides Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen
410 setzt, ein Europa, das allen Menschen soziale Sicherheit bietet, für öffentliche Investitionen sorgt und
411 die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger stärkt, ein Europa, das Vertrauen schafft und der Welt als sozial-
412 und wirtschaftspolitisches Vorbild dient.

413 Die LSAP tritt für verbindliche demokratische und soziale Konvergenzkriterien auf EU-Ebene ein.
414 Hierzu zählen die Freiheit von Presse und Justiz sowie die allgemein anerkannten Bürger- und
415 Gewerkschaftsrechte. In sozialer Hinsicht müssen Mindestnormen in Bezug auf Beschäftigung, Löhne
416 und Armutsgefährdung definiert werden. Ein sozialer Mindestlohn muss in allen EU-Mitgliedsstaaten auf
417 der Grundlage des jeweiligen Durchschnittslohns ermittelt und eingeführt werden. Auch auf rechtlicher
418 Ebene muss die soziale Dimension der EU gestärkt werden, damit die sozialen Rechte und Freiheiten der
419 Arbeitnehmer nicht weiterhin den wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber untergeordnet werden.

420 Die LSAP wird sich darüber hinaus gegen Liberalisierungs- und Privatisierungsbestrebungen auf
421 EU-Ebene zur Wehr setzen. Dies gilt insbesondere hinsichtlich der Sozialversicherung und öffentlichen
422 Dienstleistungen. Auch die von der EU-Kommission angemahnte Liberalisierung des Arbeitsrechts
423 wird von der LSAP strikt abgelehnt.

424 Die EU-Mitgliedsstaaten haben eine gemeinsame historische Verantwortung, die weit über den
425 europäischen Binnenmarkt und nationale Partikularinteressen hinausgeht. Wer die Zeichen der Zeit nicht
426 erkennt und die falschen Lehren aus der Vergangenheit zieht, wird das Erstarken der Nationalstaaten und
427 die Verbreitung nationalistischer Ressentiments fördern und damit Rechtsextremismus, Fremdenhass,
428 Intoleranz und gewaltsamen Übergriffen Vorschub leisten. Globale Krisen und Herausforderungen können
429 nur gemeinsam und solidarisch bewältigt werden. Das gilt für die globale Flüchtlingskrise ebenso wie
430 für den globalen Kampf gegen Armut und Klimawandel, die Bekämpfung von Terrorismus und religiösem
431 Fanatismus.

432 Die EU braucht eine kohärente Flüchtlings- und Einwanderungspolitik. Alle EU-Staaten müssen
433 ihre Verantwortung gleichermaßen übernehmen. Das gilt sowohl im Hinblick auf die Sicherung der
434 Außengrenzen, die Regulierung von legaler Zuwanderung als auch in Bezug auf die gemeinschaftliche
435 Errungenschaft des freien Personenverkehrs im Schengen-Raum. Wer sich aus nationalen Interessen zu
436 Alleingängen hinreißen lässt und sich so aus der gemeinsamen Verantwortung stiehlt, verlässt den Boden
437 der Solidarität, untergräbt die europäische Integration und trägt zur Ausbreitung von nationalistischem und
438 rechtspopulistischem Gedankengut bei. Nur der konsequente Aufbau einer Sozialunion ist aus Sicht der
439 LSAP die richtige Antwort auf eine falsche Entwicklung innerhalb der EU.

Die Leitsätze der LSAP

- 441 › Die LSAP wird ihre Grundwerte Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit und Sicherheit auch in Zukunft mit
442 Leben füllen und unseren demokratischen Sozial- und Rechtsstaat gegen Widerstände von innen und
443 außen verteidigen.

- 444 › Die LSAP setzt sich konsequent für den Erhalt und weiteren Ausbau des weitgefächerten
445 Wohlfahrtsstaates ein.

- 446 › Die LSAP tritt für ein universelles System der sozialen Sicherheit ein und wendet sich entschieden
447 gegen jegliche Degradierung der öffentlichen Sozialversicherungssysteme.

- 448 › Die LSAP wird sich für eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Wohlstand einsetzen und zur
449 Bekämpfung von Armut auf nationaler und internationaler Ebene beitragen.

- 450 › Die LSAP befürwortet ein soziales und progressives Steuersystem, das die öffentlichen Finanzen
451 nachhaltig absichert, die kleinen und mittleren Einkommen entlastet und die hohen Einkommen
452 und Vermögen stärker belastet.

- 453 › Die LSAP wird die Arbeitnehmerrechte auch in einer zunehmend digitalen Welt stärken und schützen.

- 454 › Die LSAP wird den gesetzlichen Mindestlohn verteidigen, für Lohngerechtigkeit sorgen und
455 an der automatischen Indexierung von Löhnen, Gehältern und Renten festhalten.

- 456 › Die LSAP wird die Arbeitslosigkeit bekämpfen und Vollbeschäftigung anstreben.

- 457 › Die LSAP wird dem Wandel der Arbeitswelt und Gesellschaft Rechnung tragen und die Vereinbarkeit
458 von Familie und Beruf gezielt fördern.

- 459 › Die LSAP wird für mehr Chancengerechtigkeit durch Bildung sorgen und den landesweiten Ausbau
460 von Ganztagschulen fördern.

- 461 › Die LSAP wird die Wohnungsnot lindern und mehr sozialen Wohnraum insbesondere im
462 Mietwohnungsbereich schaffen.

- 463 › Die LSAP wird das Zusammenleben und den gesellschaftlichen Zusammenhalt aktiv fördern,
464 Integration auf allen Ebenen unterstützen, Intoleranz und Fremdenhass bekämpfen und konsequent
465 den Respekt unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Grundprinzipien einfordern.
- 466 › Die LSAP wird die Demokratie durch mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen stärken.
- 467 › Die LSAP wird sich für starke Gemeinden einsetzen, damit sie ihre sozialstaatlichen Aufgaben auch
468 weiterhin im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen können.
- 469 › Die LSAP wendet sich gegen die Liberalisierung und Privatisierung von öffentlichen und sozialen
470 Dienstleistungen und wird sich für deren Ausbau gemäß den gesellschaftlichen Erfordernissen
471 einsetzen.
- 472 › Die LSAP wird die Trennung von Kirchen und Staat auf allen Politikebenen vorantreiben und religiösen
473 Fanatismus bekämpfen.
- 474 › Die LSAP wird auf EU-Ebene die Sozialunion vorantreiben und zur Solidarität zwischen den
475 Mitgliedsstaaten aufrufen.
- 476 › Die LSAP wird nationalstaatliche Alleingänge verurteilen, die den Zusammenhalt innerhalb der EU
477 untergraben, und sich für die konsequente Verteidigung unserer gemeinsamen europäischen Werte
478 einsetzen. Demokratische und rechtsstaatliche Grundprinzipien gehören ebenso zum Fundament
479 der Europäischen Union wie ein klares Bekenntnis zur Freizügigkeit und zum Schengenraum.
- 480 › Die LSAP wird nachhaltiges Wirtschaftswachstum und einen gerechteren Welthandel anstreben und
481 Klimaschutzmaßnahmen unterstützen.
- 482 › Die LSAP wird Menschenrechte konsequent verteidigen, sich für den Weltfrieden starkmachen und
483 zur Bekämpfung von Terrorismus, organisierter Kriminalität und Rechtsextremismus beitragen.
- 484 › Die LSAP wird sich den Herausforderungen der digitalen Welt stellen, den freien Zugang zum Internet
485 fördern, sich für sichere Datenübertragung und einen wirksamen Rechtsrahmen einsetzen, der
486 den Schutz der Privatsphäre und persönlichen Daten sicherstellt und gleichsam dafür sorgt, dass
487 Autorenrechte im digitalen Zeitalter besser gewahrt werden.



LSAP
D'Sozialisten

68, rue de Gasperich
L-1617 Luxembourg

T. +352 45 65 73-1

F. +352 45 65 75

info@lsap.lu

www.lsap.lu